

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/5615 –**

Die Regierungsverhandlungen mit Bolivien für eine kritische Überprüfung der Entwicklungszusammenarbeit nutzen und an Bedingungen knüpfen

A. Problem

Bolivien ist eines der fünf lateinamerikanischen Schwerpunktpartnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und das meist geförderte Land der Region. Als Pilotland des Aktionsprogramms der deutschen Bundesregierung zur signifikanten Reduzierung der Armut bis 2015 erhält Bolivien damit die höchste deutsche Pro-Kopf-Unterstützung in Lateinamerika. Bei den letzten Regierungsverhandlungen – erstmals mit der Regierung des Präsidenten Evo Morales – im Juni 2006 wurden Zusagen von insgesamt 24 Mio. Euro für einen Zeitraum von zwei Jahren gemacht. Für Juni dieses Jahres stehen erneut Regierungsverhandlungen zwischen der Bundesregierung und der bolivianischen Regierung an.

Mit dem Ziel der Armutsbekämpfung hat die Bundesregierung im Jahr 2001 im Rahmen Ihres Aktionsprogramms 2015 zusätzliche Zusagen in der Entwicklungszusammenarbeit gegeben, die allein im Jahr 2003 eine Steigerung der Zusagen in Höhe von 9 Mio. Euro ausmachten. Die von der ehemaligen bolivianischen Regierung vorgelegte nationale Armutsbekämpfungsstrategie hat die Bundesregierung dabei in vollem Maße unterstützt. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die nationale Armutsbekämpfungsstrategie der bolivianischen Regierung institutionelle, instrumentelle und politische Schwächen bei der Umsetzung von armutsorientierten Entwicklungsplänen und Haushaltspolitiken auf der dezentralen Ebene hat. Das Ergebnis war, dass die eingesetzten Mittel nicht zu einer Verbesserung der Lage der Bedürftigen geführt haben. Auch die neue Regierung unter Evo Morales hat diesen Zustand bisher nicht geändert. Die Bundesregierung muss ihre Strategie im Hinblick auf die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5615 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2008

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sibylle Pfeiffer
Stellvertretende Vorsitzende

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Heike Hänsel und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5615** in seiner 145. Sitzung am 21. Februar 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 7. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 7. Mai 2008

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatler

Dr. Karl Addicks
Berichterstatler

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Ute Koczy
Berichterstatlerin